

Potsdam, 07.11.2025

Pressemitteilung

Nr. 327/2025

Dortustraße 36
14467 Potsdam

Pressesprecher
Kontakt: Stephan Breiding
Telefon: 0331 866-4566
Mobil: 0171 837 5592

E-Mail: presse@mwfk.brandenburg.de
Internet: <https://mwfk.brandenburg.de>

  mwfkbb

Land erhöht seine Förderung für Jüdische Gemeinden auf rund 1,2 Millionen Euro

Ministerin Schüle unterzeichnet gemeinsame Erklärung mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden / Erhöhungen gelten auch für den Landesverband West und die Gesetzestreue Landesgemeinde

Das Land erhöht seine Förderung des jüdischen Lebens im Land Brandenburg: Die Förderung für den Landesverband der Jüdischen Gemeinden Land Brandenburg steigt von rund 542.000 Euro im Vorjahr auf 810.000 Euro in diesem Jahr. Das ist Bestandteil einer **gemeinsamen Erklärung**, die Kultur- und Wissenschaftsministerin Dr. Manja Schüle und der Landesverband kürzlich unterzeichnet haben. Analog zu dieser Erhöhung an den Landesverband der Jüdischen Gemeinden wird auch die Förderung an den Jüdischen Landesverband West von bislang rund 173.000 auf 260.000 Euro sowie an die Gesetzestreue Jüdische Landesgemeinde Brandenburg von bislang 35.000 auf 52.500 Euro erhöht.

Ministerin Dr. **Manja Schüle**: „Seit dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 explodiert der Antisemitismus – weltweit, aber auch bei uns. Ich bin überzeugt: Eine wichtige Antwort darauf muss sein, jüdisches Leben noch sichtbarer zu machen und noch mehr in die Mitte unsere Gesellschaft zu rücken. Damit die jüdischen Gemeinden das tun können, benötigen sie Unterstützung für ihr Gemeindeleben und für Projekte. Ich freue mich außerordentlich, dass es uns in diesem Jahr gelungen ist, die Mittel für sie signifikant zu erhöhen. Unsere Botschaft muss klar sein: Wer Jüdinnen und Juden an den Rand drängen, marginalisieren und ausgrenzen will, wird das Gegenteil erreichen.“

Gennadi Kuschnir, Vorsitzender des Vorstandes des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden Land Brandenburg: „Diese signifikante Erhöhung der Förderung ist ein starkes und wichtiges Signal der Solidarität und Anerkennung in einer Zeit, in der jüdisches Leben in Deutschland wieder vermehrt unter Bedrohung steht. Die Unterstützung des Landes ist von unschätzbarem Wert für den Erhalt und die Stärkung unserer Gemeinden. Sie ermöglicht uns nicht nur, unsere religiöse und kulturelle Identität zu pflegen, sondern auch Brücken in die Gesellschaft zu bauen. Gerade heute ist es entscheidend, sichtbar zu machen,

Pressemitteilung

Seite 2 von 2

dass jüdisches Leben ein fester und bereichernder Teil Deutschlands ist. Diese Förderung hilft uns, jüdisches Leben aus der Nische herauszuholen, Begegnungen zu schaffen und so Vorurteilen aktiv entgegenzuwirken. Sie ist eine Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein klares Bekenntnis dazu, dass Jüdinnen und Juden in Brandenburg und Deutschland Heimat und Sicherheit finden sollen.“

Die gemeinsame Erklärung von Land und Landesverband ist Teil der Verabredungen aus dem **Jüdischen Staatsvertrag Brandenburg** mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden Land Brandenburg K.d.ö.R. vom 11. Januar 2005. Dort wurde festgelegt, dass die Leistungen regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Bislang gab es seit 2005 fünf gemeinsame Erklärungen. Im Koalitionsvertrag ist verabredet, den Jüdischen Staatsvertrag Brandenburg zu novellieren. Dazu laufen derzeit Gespräche.

In **Brandenburg** lebten vor 1933 etwa 9.000 Jüdinnen und Juden in mehr als 20 Gemeinden. Nach dem Zweiten Weltkrieg lebten auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Brandenburg nur noch vereinzelt Juden. Erst ab 1991 gründeten Zuwandererinnen und Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion wieder jüdische Gemeinden in Potsdam, Cottbus, Frankfurt (Oder), Brandenburg an der Havel, Bernau, Oranienburg und Königs Wusterhausen mit insgesamt rund 2.000 Mitgliedern. Neben den rund 1,12 Millionen Euro für die Förderung jüdischer Gemeinde- und Verbandsstrukturen stellt das Land in diesem Jahr auch 450.000 Euro für Sicherheitsmaßnahmen von jüdischen Gemeinden zur Verfügung sowie 650.000 Euro für den Betrieb des Synagogenzentrums in Potsdam.